SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Libanon: politische Krise ohne Ende

Eden-Fleig, Wiebke

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**
GIGA German Institute of Global and Area Studies

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Eden-Fleig, W. (2007). *Libanon: politische Krise ohne Ende.* (GIGA Focus Nahost, 8). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien.
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274606

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:*
*https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de*

**Terms of use:**
*This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:*
*https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0*

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

Nummer 8
2007
4,- Euro
ISSN 1862-3611

NAHOST

# Libanon: Politische Krise ohne Ende

Wiebke Eden-Fleig

Für Ende September 2007 ist im Libanon die Wahl eines Präsidenten durch das Parlament angesetzt, aber die für eine gute Vorbereitung notwendige Auflösung der Blockade zwischen Opposition und Regierung erscheint unrealistisch.

**Analyse:**

Der Libanon hat nach der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Hariri am 14.2.2005 und nach dem Sommerkrieg mit Israel im Jahr 2006 sein ohnehin angeschlagenes Gleichgewicht verloren und steht vor dem Zusammenbruch. Politisch bleibt das Land gespalten, alle bisherigen Vermittlungsversuche, zuletzt durch Frankreich, sind gescheitert. Das fragile, konfessionell geprägte politische System, das nach dem Ende des Bürgerkrieges 1990 geschaffen wurde, war nie ein Patentrezept für die Lösung eines Grundproblems: Der Libanon bleibt zur Stabilisierung auf westliche und israelische Duldung unter syrischer Vormundschaft angewiesen. Die bestehende Regierungsstruktur blockiert sogar dringend notwendige Reformen:

- Die derzeitigen Hauptkonflikte des Landes drehen sich um die Entwaffnung der Hizbullah, die katastrophale Sicherheitslage im Norden und Süden des Landes, um die Serie politischer Morde, den Streit um das internationale Hariri-Tribunal und letztlich um die Wahl eines neuen Staatsoberhauptes.
- Falls der September ohne die Abhaltung der Wahl verstreicht, wird der Libanon seine schlimmste Verfassungskrise seit den Bürgerkriegstagen im Jahr 1988 erleben.
- Auf dem Spiel steht die termingerechte Wahl eines Präsidenten, mit dem sowohl die Opposition als auch die regierende Parlamentsmehrheit leben können. Falls eine Einigung nicht zustande kommt, könnte sich die Opposition zwischen zwei Szenarien entscheiden: erstens, den amtierenden Präsidenten Emile Lahoud mit der Begründung im Amt zu belassen, die parlamentarische Mehrheit habe sich der Neuwahl eines Präsidenten verweigert, oder, zweitens, eine Übergangsregierung zu bilden und zu einer vorgezogenen Parlamentswahl aufrufen.
- Die die Regierung stellende Allianz der „Kräfte des 14. März" zieht demgegenüber die verfassungsmäßig fragwürdige Wahl eines neuen Präsidenten mit einer einfachen parlamentarischen Mehrheit, die sie immer noch hält, anstelle der erforderlichen Zweidrittelmehrheit in Erwägung.
- Kommt eines der drei genannten Szenarien zur Umsetzung, wird sich der Libanon in Richtung einer vollständigen Polarisierung und effektiven Teilung bewegen.

*Key words:* *Libanon, Innenpolitik, Außenpolitik, Vereinte Nationen, Iran, Syrien*

## 1. Einleitung

Heimische und ausländische Wurzeln der politischen Krise des Libanon sind seit jeher eng miteinander verknüpft. Der konfessionelle Proporz oder politische Konfessionalismus (also die Verteilung von Positionen und anderen Ressourcen nach konfessioneller Zugehörigkeit), die schwachen staatlichen Institutionen, das ausgeprägte Patronagesystem und die tiefe Verstrickung in Korruption erleichtern die Einmischung von außen, von der die meisten politischen Führer mittlerweile abhängig sind.

Auf der einen Seite des politischen Spektrums (siehe Übersicht 1) verlässt sich eine Koalition aus Oppositionskräften auf die materielle und politische Unterstützung Syriens und, im Falle der Hizbullah, auch auf den militärischen Nachschub. Auf der anderen Seite ist auch die parlamentarische Mehrheit, die Allianz der „Kräfte des 14. März", die sich als Reaktion auf die Ermordung Rafik Hariris zusammengeschlossen hat und mit Fouad Siniora als Ministerpräsident die Regierung[1] stellt, von externen Akteuren, namentlich westlichen Ländern abhängig, die finanzielle, diplomatische und politische Unterstützung leisten. Ihre Agenda lässt sich in der Hauptsache auf drei zentrale Forderungen reduzieren: Sicherung der finanziellen Unterstützung aus dem Ausland, um die enormen Staatsschulden unter Kontrolle zu bekommen, die Umsetzung der UN-Resolution 1701[2], um die Hizbullah in Schach zu halten, und die Einrichtung eines internationalen Tribunals für die juristische Verfolgung jener, die für die Ermordung Hariris verantwortlich sind. Auf diese Weise arbeiten sie implizit daran, die syrische Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten des Landes zu blockieren. Die eilige Durchsetzung des Hariri-Tribunals und die Anklage des syrischen Regimes ist das Herzstück dieser Strategie.

Die Konfrontation zwischen der Opposition und den Kräften des 14. März beeinflusste die libanesische Politik maßgeblich bereits vor dem Sommerkrieg 2006.

Nach dem Abzug der syrischen Truppen 2005 gewann die syrienkritische Opposition die Parlamentswahl im Sommer desselben Jahres. Seitdem regiert eine Koalition aus sunnitischen, christlichen und drusischen Parteien unter Führung des Ministerpräsidenten Fouad Siniora – ehemaliger Finanzminister und enger Vertrauter Rafik Hariris. Zunächst beteiligte sich auch die Hizbullah mit mehreren Ministern an der Regierung. Sie hatte sich verpflichtet, Mehrheitsentscheidungen mitzutragen, solange sie nicht durch Mehrheitsvotum, sondern im Konsens getroffen würden. Die übrigen Regierungsparteien erklärten sich bereit, im Gegenzug den internationalen Druck auf die Hizbullah bezüglich ihrer Entwaffnung – gefordert durch die UN-Resolution 1559 vom September 2004 – aufzufangen.[3]

### Übersicht 1: Die wichtigsten libanesischen politischen Gruppen

**Allianz/Kräfte des 14. März, auch „Liste des Märtyrers Rafik Hariri" (parlamentarische Mehrheit):**

- Tayyar al-Mustaqbal (Zukunftsbewegung), offiziell säkular, vor allem sunnitisch
- Hizb al-Taqaddumi al-Ishtiraki (Progressive Sozialistische Partei), offiziell säkular, vornehmlich drusisch
- al-Quwat al-Lubnaniya (Lebanese Forces), fast ausschließlich christlich, hauptsächlich maronitisch
- Laqa' Qornet Schehwan (Versammlung Qornet Schehwan), überwiegend christlich, ideologisch Mitte rechts bis Mitte links

**Widerstands- und Entwicklungsblock (Opposition):**

- Harakat Amal (Amal-Bewegung), schiitisch
- Hizbullah (Partei Gottes), schiitisch-islamistisch
- Hizb al-Qawmi al-Ijtima'i al-Suri (Syrische Nationale Partei), säkular, syrische Partei im Libanon

**Aoun-Allianz (Teil der Opposition):**

- al-Tayyar al-Watani al-Hurr (Freie Patriotische Bewegung), vor allem christlich
- Tayyar Marada (Marada Bewegung), vornehmlich christlich
- Skaff-Block, christlich
- Murr-Block, christlich

[1] In der Regierung waren nach der Wahl 2005 alle politischen Parteien vertreten – bis auf den Block von Michel Aoun. Die fünf schiitischen Minister von Hizbullah und Amal sind ausgetreten (zweimal, einmal 2005 und dann 2006) und haben sich nun mit dem Aoun-Block als Opposition zusammengeschlossen. Die Regierung unter Ministerpräsident Fouad Siniora hält jetzt noch, auch ohne die Schiiten, die Parlamentsmehrheit; sie bilden auch die Kräfte des 14. März.

[2] Die Resolution basiert auf einem ursprünglich von Frankreich und den Vereinigten Staaten vorbereiteten Entwurf, in dem zur „vollständigen Einstellung der Feindseligkeiten" zwischen Israel und der Hizbullah aufgerufen wurde. Sie legt fest, dass den 15.000 Soldaten der libanesischen Armee eine zentrale Rolle zugesprochen wird und die UN-Truppe UNIFIL von zurzeit 2.000 auf 15.000 Soldaten aufgestockt wird.

[3] Bereits mit dem offiziellen Kriegsende 1990 verpflichteten sich alle Parteien im Friedensabkommen von Ta'if zur Auflösung ihrer Milizen, einzige Ausnahme: die Hizbullah. Ihr wurde aufgrund ihrer maßgeblichen Rolle beim Widerstand gegen die anhaltende Besetzung der südlibanesischen Pufferzone durch Israel das Recht eingeräumt, ihren militärischen Zweig zu behalten. Seit dem Rückzug der israelischen Truppen im Mai 2000 ist die Bewaffnung der Hizbullah ein Politikum. Am 2.9.2004 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1559. Sie fordert den Rückzug aller ausländischen Truppen aus dem Libanon und die Entwaffnung aller im Libanon aktiven Milizen und sagt der libanesischen Regierung Unterstützung dabei zu, ihre Herrschaft auf das gesamte Staatsgebiet auszuweiten.

Doch bereits Ende 2005 kam es zu einer Krise innerhalb der Regierungskoalition, in deren Folge Minister der Hizbullah und der verbündeten schiitischen Amal-Partei vorübergehend ihre Ämter mit der Begründung niederlegten, die Koalitionspartner hätten die getroffene Absprache nicht eingehalten, als sie im Dezember 2005 im Alleingang von den Vereinten Nationen die Einrichtung eines internationalen Tribunals zur Untersuchung des Attentats auf Hariri und der andern Morde forderten.

Zwar konnten die schiitischen Minister im Januar 2006 zur Wiederaufnahme ihrer Amtsgeschäfte bewegt werden, lehnten aber weiterhin die Einrichtung des internationalen Tribunals ab und boykottierten die Regierungsgeschäfte. Dadurch verdeutlichte die Hizbullah samt ihren Verbündeten, dass sie sich ihrer politischen Vetomacht bewusst und willens war, diese auch einzusetzen. Zusätzliches Gewicht erhielt ihr Veto durch die Unterstützung der Partei des christlichen Generals Michel Aoun, die bei den Wahlen 2005 gut abgeschnitten hatte, sich aber nicht mit potenziellen Koalitionspartnern einigen konnte. Ein im März 2006 initiierter „Nationaler Dialog" zur Lösung der politischen Differenzen verlief ohne nennenswerte Ergebnisse.

Auch nach dem Sommerkrieg 2006 war der Auslöser der neuen politischen Krise abermals eine Entscheidung über das geplante Tribunal zur Untersuchung des Mordes an Hariri. Die Mehrheit der Regierungskoalition verabschiedete im November 2006 das von den Vereinten Nationen vorgelegte Statut für das Tribunal, obwohl Hizbullah und Amal mehr Zeit zur Prüfung der Vorlage forderten. Hinter dieser Forderung stand nicht nur das Beharren auf Einhaltung des Konsensprinzips, sondern vor allem der Wunsch, Syrien vor den politischen Folgen einer möglichen Verurteilung einiger Mitglieder seines Regimes zu schützen. Die Hizbullah folgt hier einem politischen Kalkül: Sie ist hochgradig von syrischer Hilfe abhängig, daher kann ihr nicht daran gelegen sein, die syrische Führung zu verärgern. Denn ohne deren Zustimmung war die militärische Wiederbewaffnung nach dem Sommerkrieg nicht möglich und ohne eine solche erneute Bewaffnung wäre die Organisation ihrer zentralen *raison d'être* beraubt: in diesem Fall des Widerstands (*muqawama*) gegen Israel.

Als Konsequenz für den Alleingang der Regierungskoalition traten fünf Hizbullah- und Amal-Minister geschlossen zurück ebenso wie ein syrienfreundlicher christlicher Amtskollege. Um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, mobilisierten Hizbullah, Amal und Aouns Partei kurze Zeit später ihre Anhänger, die nun seit Anfang Dezember 2006 den Amtssitz von Premier Siniora im Beiruter Zentrum belagern, um die Regierung unter Druck zu setzen. Neben ihrem wichtigsten Anliegen, den politischen Status quo[4] zu ändern, fordern sie unmittelbar die Bildung einer Regierung der „Nationalen Einheit" und Neuwahlen. Des Weiteren will die Hizbullah samt ihren Verbündeten in der neuen Regierung elf der insgesamt dreißig Kabinettsposten besetzen, um das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit für die Kräfte des 14. März innerhalb der Regierung zu verhindern.

Die Pattsituation hat beide Seiten des politischen Spektrums im Libanon dazu bewegt, ihre Anhänger zu mobilisieren, um so den Druck auf die Gegner zu erhöhen und diese zum Einlenken zu bewegen. Die „Politik der Straße" hat damit die formale Politik ersetzt und zu einer weiteren Eskalation geführt.

## 2. Politische, soziale und wirtschaftliche Implikationen

Die Libanesen sind heute nicht nur durch den Stacheldraht getrennt, der überall im Stadtbild Beiruts sichtbar ist. Sie sind auch durch die vielen Kontrollpunkte der Armee getrennt, die den Verkehr in der Hauptstadt beinahe zum Erliegen bringen. Dieses Bild lässt sich auf die Politik übertragen. Ganze Stadtteile ersticken immer noch in den Trümmern des Sommerkrieges mit Israel; auf der politischen Ebene scheint sich niemand für deren Beseitigung verantwortlich zu fühlen. Stattdessen beschuldigt eine Seite die jeweils andere, sie von den dringend notwendigen Aufräumarbeiten abzuhalten. Das schleichende Machtvakuum wurde durch die Tatsache verschlimmert, dass der oppositionelle Parlamentspräsident Nabih Berri die Legislative seit neun Monaten davon abhält, zu Sitzungen zusammenzukommen. Ergebnis ist eine vollständige Blockade des parlamentarischen Lebens.

Zusätzlich erschwert wird die Lage für die paralysierte Regierung durch die instabile Sicherheitslage im Land. Diese hat dazu geführt, dass nicht nur

[4] Der konfessionelle Proporz beruht auf einer Volkszählung aus dem Jahr 1932, die eine geringe Mehrheit der Christen gegenüber den Muslimen ergab. Seit dieser Volkszählung, die zugleich die letzte im Libanon war, unterlag das Land jedoch einem massiven demographischen und gesellschaftlichen Wandel. Die demographische Situation veränderte sich zugunsten der Muslime. Bereits mit dem offiziellen Kriegsende 1990 verpflichteten sich alle Parteien im Friedensabkommen auf das starre Proporzsystem, das sich über die neuen gesellschaftlichen Realitäten hinwegsetzt.

die libanesische Wirtschaft endgültig zu kollabieren droht, sondern hat auch die bereits bestehenden gesellschaftlichen Spaltungen weiter vertieft und die Gefahr des Staatszerfalls vergrößert. Fast ein Dutzend Parlamentarier haben das Land aus Furcht vor Attentaten verlassen. Zahlreiche UN-Vertreter haben ihr gut bewachtes Gebäude im Herzen Beiruts verlassen und sind in kleinere, unauffälligere Büros umgezogen. Die Unfähigkeit der Regierung, die Gewalt im Land unter Kontrolle zu bringen, ließ den Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Musa, deshalb warnen, dass „dem Libanon die Zeit davonlaufe".[5]

Teil einer offenbar sorgfältig geplanten Kampagne, um die Sicherheitslage im Land immer weiter zu destabilisieren und so den Sturz oder zumindest den Rücktritt der Regierung unter Ministerpräsident Siniora zu provozieren, ist der Konflikt um das Flüchtlingslager Nahr al-Bared nahe Tripoli (s. u.). Militärische Zusammenstöße zwischen der libanesischen Armee und der militanten Organisation Fatah al-Islam begannen beinahe gleichzeitig mit der Ratifizierung der im Libanon umstrittenen Resolution 1757 vom 30.5.2007 durch den UN-Sicherheitsrat, in der festgelegt wird, dass die Mörder Hariris vor ein internationales Gericht gestellt werden sollen. Fürsprecher dieser Resolution sind fest davon überzeugt, ein internationales Gericht könne endlich mehr Rechtsstaatlichkeit bringen. Sie hoffen, ein solches Tribunal werde die Zeit der relativen Straflosigkeit beenden, in der politisch motivierte Mordanschläge nicht geahndet wurden. Andere halten jedoch weiter an ihrem Argument fest, Ziel des Strafgerichts sei nicht, Gerechtigkeit für die „Märtyrer" des Landes zu erreichen. Vielmehr wolle man alte Rechnungen (mit Syrien) begleichen und dem Libanon nebenbei eine neue politische Ordnung aufdrücken.

Weitere Gewaltakte folgten. Der regierungsnahe Politiker Walid Eido z. B. starb am 13.6.2007 durch eine Autobombe. Anschläge gab es auch auf die im Süden stationierten UNIFIL-Truppen, die für die Umsetzung der UN-Sicherheitsresolution 1701 sorgen sollen. Für die Kräfte des 14. März weisen diese gewalttätigen Botschaften klar darauf hin, dass ihre Absicht, zwei Jahre nach dem Abzug der syrischen Truppen im Mai 2005 die libanesische Unabhängigkeit und Souveränität zu festigen, auf starke Ablehnung stößt. Nicht wenige libanesische Beobachter, vor allem aber die Kräfte des 14. März, machen beinahe reflexartig das Nachbarland Syrien für die Gewaltwelle verantwortlich.[6] Ob zu Recht oder nicht: Fest steht, dass die Schwächung der libanesischen Institutionen und die beeinträchtigte Regierungsfähigkeit syrischen Interessen dienen, vor allem indem sie die libanesische Opposition und damit Syriens Verbündete stärken. Der durch die UN bestätigte Bericht, dass Syrien den Waffenschmuggel in den Libanon unterstützt, scheint jenen antisyrischen Stimmen Recht zu geben, die dem Land eine entscheidende Rolle bei der Gewalteskalation zuschreiben.[7] Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Probleme:

### *2.1. Die politischen Morde und ihre Implikationen*

Walid Eido ist bereits das siebte Mordopfer aus Politik und Medien seit dem Anschlag auf Rafik Hariri am 14. Februar 2005. Zuletzt war Ende November 2006 der damalige Industrieminister und Syrienkritiker Pierre Gemayel erschossen worden. Auch der Parlamentarier Eido war einer der vehementesten Gegner der syrischen Einmischung in die libanesische Politik. Er gehörte 2005 zu den aktivsten Organisatoren der Massenproteste nach dem Mord an Hariri, die zunächst auf einen Demokratisierungsprozess hoffen und die Medien von einem „Beiruter Frühling" sprechen ließen. Im Zuge der Proteste und durch den verstärkten internationalen Druck musste Syrien schließlich seine seit knapp dreißig Jahren im Libanon stationierten Truppen abziehen. Jedoch hielt die Freude darüber in Beirut nicht lange an. Schnell machte sich bemerkbar, dass Syriens politischer und geheimdienstlicher Einfluss auf den Libanon nach wie vor vorhanden war (und ist). Die Morde an Eido und Gemayel, die der Opposition und ihren syrischen Verbündeten zugeschrieben werden, haben diese deshalb politisch belastet.

Die Morde hatten aber auch Folgen für die parlamentarische Mehrheit. Insbesondere die Ermordung Eidos hat nicht nur die ohnehin schwindende Mehrheit regierungsfreundlicher Parlamentarier geschwächt, sondern auch die Gefahr verdeutlicht, in der sich die amtierende Regierungskoalition und ihre Anhänger befinden. Kurz nach dem Anschlag flüchteten etliche regierungsfreundliche Parlamen-

[5] Souad Mekhenet, Michel Moss, Michael Slackmann: Chaotic Lebanon Risks Becoming Militant Haven, in: New York Times, 6.7.2007.

[6] Oussama K. Safa: It may soon be too late for Lebanon, in: The Daily Star Opinion, 23.7.2007.

[7] Im Mai 2007 veröffentlichte das von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon gegründete United Nations' Lebanon Independent Border Assessment Team (LIBAT) einen Bericht, der feststellt, dass der Waffenschmuggel aus Syrien und dem Iran über die syrisch-libanesische Grenze nur unzureichend eingedämmt wird und Korruption innerhalb der Grenzpolizei weit verbreitet ist.

tarier vorübergehend in europäische Städte. Graduell schwand damit die Fähigkeit der Regierung, die Vielzahl von Problemen anzugehen, die mit dem verzögerten Wiederaufbauprozess nach dem Sommerkrieg begannen und sich mit der anhaltenden Konfliktlage in Nahr al-Bared und der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage im Süden fortsetzten.

### 2.2. *Der Konflikt um das Flüchtlingslager Nahr al-Bared*

Die am 20.5.2007 ausgebrochenen Kämpfe im Flüchtlingslager Nahr al-Bared haben eine humanitäre Katastrophe hervorgerufen. Fast alle der rund 30.000 Bewohner Nahr al-Bareds nahe Tripoli sind geflohen, die meisten in das nahe gelegene Flüchtlingslager Beddawi. Für die Regierung bedeutet dies eine weitere Belastungsprobe: Noch bevor sie eine Lösung für die Tausenden Bürger gefunden hat, die ihre Häuser und Wohnungen im Sommerkrieg verloren, muss sie sich nun zusätzlich um Tausende Obdachlose im Norden kümmern – angesichts der Blockadepolitik in der Hauptstadt eine nahezu unlösbare Aufgabe.

Anlass für die Kämpfe war die Durchsuchung eines Unterschlupfes der islamistischen Gruppierung Fatah al-Islam in Nahr al-Bared. Bewaffnete widersetzten sich dem Eindringen der libanesischen Armee in das Lager, die die Razzia damit begründete, dass die Islamisten unter Verdacht stünden, an einem Banküberfall in Amiun beteiligt gewesen zu sein. Innerhalb weniger Stunden wurde die libanesische Armee in einen nunmehr seit Wochen anhaltenden Konflikt hineingezogen. Die Regierung versucht, Stärke zu demonstrieren. Eigentlich darf die Armee aufgrund eines früheren Abkommens mit der palästinensischen Führung und anderen arabischen Staaten die Flüchtlingslager nicht betreten. Diesmal aber hat sie diesen Schritt gewagt und dabei die Zustimmung vieler Libanesen gefunden. Allerdings ist dieser Schritt mit einem hohen Risiko behaftet, denn 1975 waren Zusammenstöße zwischen Libanesen und Palästinensern der Auslöser für den 17 Jahre währenden Bürgerkrieg.

Der Nordlibanon, insbesondere Tripoli und Akkar, gehört zu den sozial vernachlässigten Regionen des Landes. Tripoli, eine traditionell sunnitische konservative Stadt, und Akkar, eine extrem arme Provinz, wurden im Laufe der Jahre zu einem Nährboden für radikale sunnitische Gruppen. Im Parlamentswahlkampf 2005 appellierte der Sohn des ermordeten Expremiers und derzeitige Führer der parlamentarischen Mehrheit, Saad Hariri, an die unnitische Gefühlslage, um die Sunniten Tripolis und Akkars von den traditionellen Führern der Region zu lösen und somit von den Stimmen des Nordens zu profitieren. Um ein Wahlversprechen einzulösen, begnadigte das neue Parlament inhaftierte sunnitische Radikale, die in Gewaltausbrüche im Dezember 2000 verwickelt gewesen waren.[8]

Dass dies allerdings ein gefährliches Zugeständnis war, zeigte sich kurze darauf. Ein unmissverständliches Zeichen dafür, dass die Konflikte im Libanon unter der Oberfläche brodeln, waren die gewaltsamen Proteste Anfang Februar 2005 gegen die in dänischen Zeitungen veröffentlichten Muhammad-Karrikaturen. Binnen kürzester Zeit wurde die Dänische Botschaft im christlichen Beiruter Stadtteil Ashrafiyeh gestürmt und in Brand gesetzt. Die meisten Demonstranten waren aus dem Norden des Landes angereiste Islamisten.

Die Situation wird noch komplexer, wenn man die regionale Dimension berücksichtigt. Der Krieg im Irak hat die Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten verschärft und zugleich die gesamte Dynamik des Nahen Ostens verändert. Die Angst vor wachsendem schiitischen Einfluss hat viele arabische Führer dazu verleitet, vor einem „schiitischen Halbmond", der sich vom Iran über den Irak bis in den Südlibanon erstreckt, zu warnen. In diesem Zusammenhang heben verschiedene libanesische Berichte die Bemühungen saudischer Regierungsbeamter hervor, sunnitische Gruppen, auch radikale, zu stärken, um ein Gegengewicht zu den Schiiten zu schaffen.

Nicht ohne Grund sehen deshalb Beobachter die Kämpfe in Nahr al-Bared in der Hauptsache als einen Stellvertreterkonflikt zwischen externen Akteuren – namentlich den USA, Syrien und Saudi-Arabien – die jeweils für sich genommen den libanesischen politischen Raum besetzen wollen. Andere glauben, dass die Kämpfe das Ergebnis eines gescheiterten Planes sind, im Zuge dessen islamistische Gruppen sich der Kontrolle jener regierungsfreundlichen Kräfte entziehen wollen, die sie ursprünglich unterstützten. Wieder andere sehen es als Versuch, die libanesische Armee – die als einzig glaubhafte nationale Kraft angesehen wird – ins Schlachtfeld libanesischer Politik zu ziehen.

[8] Charles Harb: Blowback in Lebanon, in: The Guardian, 24.5.2007.

Auf lokaler Ebene stellt sich die Frage nach den unmittelbaren sozialen und politischen Folgen des Konfliktes um Nahr al-Bared. Die palästinensischen Fraktionen sind tief gespalten, geschwächt und von ausländischen Kämpfern infiltriert, so dass sich die Sicherheitssituation in den Flüchtlingslagern immer weiter destabilisiert. Zwar scheint sich die Tragödie von Nahr al-Bared langsam dem Ende zuzuneigen, aber wieder einmal ist deutlich geworden, dass die schwachen nationalen Institutionen nicht für Sicherheit sorgen können. Die Kämpfe haben nicht nur das Lager selbst in Ruinen verwandelt, sondern auch die Spannungen zwischen vertriebenen Palästinensern und Libanesen verschärft – auch wenn die Gewalt augenblicklich territorial begrenzt ist. Trotz der allgemeinen sunnitischen Verurteilung von Fatah al-Islam haben die Entwicklungen Teile der sunnitischen Gemeinde weiter frustriert und radikalisiert.

### *2.3. Die Vereinten Nationen und der Südlibanon*

Ein weiteres Problem der Beiruter Regierung ist der übermilitarisierte und unbeständige Südlibanon. Lange Zeit war dieser alleiniger Herrschaftsbereich der Hizbullah. Ihre Stunde schlug, als sich die israelischen Besatzungstruppen im Mai 2000 aus dem Südlibanon zurückzogen. Zunächst entstand ein Machtvakuum, weil sich die Regierung im fernen Beirut wenig um das Gebiet kümmerte. Es war dann die Hizbullah, die in diese Lücke stieß, zumal sie den Abzug der Israelis ohnehin als ihren Sieg verbuchte.

Spätestens mit der am 11.8.2006 verabschiedeten UN-Resolution 1701, die auf die Lösung des Konfliktes zwischen Israel und der Hizbullah abzielt, sollte sich diese Situation ändern, denn der Handlungsspielraum der Hizbullah wurde beträchtlich eingeschränkt. Der Anschlag auf die spanische Friedenstruppe am 25.6.2007 – vermutlich durch eine Gruppe islamistischer Extremisten – und die zahllosen Verstöße gegen die Resolution 1701 seitens Israels, Syriens und der Hizbullah haben allerdings die Grenzen der Resolution aufgezeigt. Gefangen zwischen der Auflage, die eigene Truppe zu schützen, was einen geheimdienstlichen Informationsaustausch mit der Hizbullah und Sicherheitsgarantien von Syrien bedingen würde, und der Notwendigkeit, ihrer Überwachungsaufgabe nachzukommen und die Akteure in Schach zu halten, beharren UNIFIL-Kommandeure darauf, dass die Anschläge sie nicht von der Erfüllung ihres Mandates abhalten werden. Dabei können sie zurzeit auf die Unterstützung der Hizbullah zählen, die den machtpolitischen Kampf in Beirut für sich entscheiden möchte und deshalb kein Interesse an einer Eskalation im Südlibanon hat. Sie setzte deshalb in den vergangenen Monaten alles daran, die UN-Truppe im Süden zu schützen, vor allem da sie befürchtet, dass die USA Anschläge wie jenen auf die spanische Einheit fälschlicherweise ihr und damit implizit auch dem Iran zur Last legen würden. Einen Hinweis auf eine Zusammenarbeit der Hizbullah mit der UNIFIL im Süden liefert der Umstand, dass sich Geheimdienstler der französischen, spanischen und italienischen Botschaft mit Hizbullah-Funktionären Anfang Juni 2007 im südlibanesischen Saida trafen. Ziel war es offenbar, Garantien von der Hizbullah zum Schutz der internationalen Truppe zu erhalten. Diese Garantie haben die Geheimdienstler zwar bekommen, die Hizbullah warnte aber gleichzeitig vor Anschlägen al-Qaida nahestehender Gruppen, die sich nicht nur ihrer Kontrolle entziehen, sondern auch explizit gegen sie arbeiten.[9]

## 3. Die Initiativen zur Lösung der politischen Blockade

Es gab in der Vergangenheit zahlreiche ausländische Initiativen zur Lösung der politischen Krise im Libanon. Die vorerst letzte ihrer Art was das vom französischen Außenminister Bernard Kouchner initiierte Treffen mit einer Delegation libanesischer Politiker im französischen La Celle-Saint-Claude (14.-16.7.2007), das zum Ziel hatte, den 2005 begonnenen innerlibanesischen Nationalen Dialog wiederzubeleben. Im Vergleich zu den vorangegangenen Initiativen vermochte diese zumindest, alle Konfliktparteien wieder an einen Verhandlungstisch zu bringen.

Dennoch ist die Initiative ein Beispiel dafür, dass die innerlibanesischen politischen Entwicklungen nach wie vor stark von außen beeinflusst werden. Denn der eigentliche Grund, der es Frankreich überhaupt ermöglichte, dieses politische Diskussionsforum einzurichten, liegt in der Zustimmung zweier Regionalmächte: Sowohl der Iran als auch Syrien sahen hierin die Chance, Frankreich von der US-Position bezüglich des Libanon zu isolieren, die vehement die Entwaffnung der Hizbullah fordert und zugleich massiv die Regierung Siniora stützt. Einen möglichen Beweis für diese These liefert die Ankündigung des

[9] Robert Fisk: Murder of Peacekeepers Raise Stakes in Lebanon, in: The Independent, 25.6.2007

Chefs des iranischen nationalen Sicherheitsrates, Ali Larijani, der nach der Wahl Nicolas Sarkozys zum französischen Präsidenten im Mai 2007 in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „Le Figaro“ kundtat, „Frankreich und der Iran sollten bei der Stabilisierung des Libanon zusammenarbeiten“.[10] Dass Syrien der Teilnahme seiner Verbündeten an dem Pariser Treffen zustimmte, ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die Regierungen in Damaskus und Teheran gemeinsam die französische Karte – gegen die USA – ausspielen wollen.

Bisher haben die Syrer ausnahmslos sämtliche europäischen, arabischen oder internationalen Initiativen zur Stabilisierung ihres Nachbarlandes torpediert, die ihren Interessen entgegen liefen. Der Besuch des französischen Diplomaten Jean-Claude Cousseran im Juli 2007 in Damaskus scheint zu belegen, dass sich die harte syrische Interessenpolitik am Ende auszahlt. Im April berichtete die französische Zeitung „Le Monde“, Präsident Bashshar al-Asad habe UN-Generalsekretär Ban Ki Moon unmissverständlich klargemacht, dass sich der Libanon ohne syrische Dominanz niemals stabilisieren lasse.

Die iranische und syrische Einwilligung zu den französischen Gesprächen kann daher als abgestimmter Versuch gewertet werden, die eigenen Interessen im Libanon voranzutreiben. Kouchner unternahm es zwar, diesen Eindruck zu relativieren, indem er äußerte, Syrien und der Iran lägen im Libanon auf „verschiedenen Wellenlängen“.[11] Langfristig mag dies zutreffen, dennoch ist angesichts der gegenwärtigen Politik relativ eindeutig, dass der Iran und Syrien sehr wohl gemeinsame Interessen verfolgen. Hierzu zählen: 1. die Hizbullah zu verteidigen und deren Waffenbestand zu sichern, 2. die internationale Gemeinschaft in die Defensive zu zwingen, indem Resolutionen untergraben werden, insbesondere die Resolutionen 1559 und 1701, und 3. zu garantieren, dass der nächste libanesische Präsident ein Politiker ist, dem der Iran und Syrien vertrauen können und der ihnen ihrerseits hilft, die beiden ersten Ziele durchzusetzen.

## 4. Ausblick

Das libanesische Parlament muss im September einen neuen Präsidenten wählen. Mit den sich beinahe feindlich gegenüberstehenden Parteien kann dies zu einer Auflösung dessen führen, was noch an Regierungsstruktur übrig geblieben ist. Die parlamentarische – antisyrisch eingestellte – Mehrheit wirft dem amtierenden Präsidenten Emile Lahoud zu große Nähe zu den Syrern vor. Auf Druck des Regimes in Damaskus war Lahoud 2004 vom libanesischen Parlament, im Widerspruch zur verfassungsmäßigen Amtszeitbeschränkung, für weitere drei Jahre im Amt bestätigt worden. Das Pikante war und ist, dass Lahoud als politischer Gegner Rafik Hariris gilt und viele Kritiker deshalb eine Verstrickung Lahouds in den Mordanschlag auf den Expremier 2005 für durchaus möglich halten.

Gegenwärtig sind die verschiedenen Fraktionen damit beschäftigt, an ihren Strategien für die Präsidentenwahl zu feilen – darauf hoffend, dass eine unvorhergesehene regionale Entwicklung die politische Kräfteverteilung zu ihren Gunsten beeinflusst. Unter diesen Umständen gibt es keine stabile Basis für eine ernsthafte Debatte über grundlegende politische Reformen. Das Beste, worauf der Libanon zurzeit hoffen kann, ist, doch noch eine einvernehmliche Einigung auf einen Präsidenten zu erzielen. Die Chancen hierfür sind aber angesichts der komplizierten politischen Situation und ohne einen international vermittelten Kompromiss gering.

Frankreich hat im Sommer 2007 ein begrenztes Mandat zur Stabilisierung der innerlibanesischen Lage erhalten, aber keines, das fundamentale iranische oder syrische Interessen in Bezug auf deren Libanonpolitik modifizieren würde. Die strukturelle politische Krise wird der französische Außenminister Kouchner deshalb auch nicht im Rahmen weiterer Gespräche in Beirut zu lösen vermögen. Denn dies würde eine Einbeziehung aller involvierten Akteure erfordern. Augenblicklich spricht alles dafür, dass Syriens Beitrag zur libanesischen Instabilität beträchtlich ist. Die syrische Regierung selbst macht die konfessionellen Spaltungen des Libanon und die internationale Kurzsichtigkeit für die Krise verantwortlich. Gleichzeitig unterstreicht das Regime vor allem die aus seiner Sicht positive Rolle, die Syrien bis 2005 spielte.

[10] Larijani: La France de Sarkozy pourrait jouer le rôle d’intermédiaire sincère, in: Le Figaro, 25.5.2007.

[11] Michael Young: A Minefield Ahead for Bernard Kouchner, in: The Daily Star, 29.7.2007.

## Literatur

Fisk, Robert (2007): Murder of peacekeepers raises stakes in Lebanon, in: The Independent, 25.6., http://news.independent.co.uk/fisk/article2705334.ece (Zugriff 27.6.2007).

Hokayem, Emile el (2007): Lebanon Is All Conflict Mitigation Without Reform, in: The Daily Star, 24.7., www.dailystar.com.lb/printable.asp?art_ID=84028&cat_ID (Zugriff 25.7.2007).

International Crisis Group (2006): Lebanon at a Tripwire, Middle East Briefing No. 20, 21 December, Beirut/Brussels.

Mekhenet, Souad; Moss, Michael; Slackmann, Michael (2007): Chaotic Lebanon Risks Becoming Militant Haven, 7.7., www.nytimes.com/2007/07/07/world/middleast/07/lebanon (Zugriff 9.7.2007).

Safa, Oussama K. (2007): It May Soon Be Too Late for Lebanon, 23.7., www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&categ_id (Zugriff 25.7.2007).

## Die Autorin

Diplom-Politologin Wiebke Eden-Fleig ist Doktorandin im Fach Politikwissenschaft am GIGA Institut für Nahost-Studien und an der Universität Hamburg. Mehrere Forschungsaufenhalte im Libanon, zuletzt von September 2005 bis Juni 2006.

E-Mail: eden-fleig@zeit.de/fleig@giga-hamburg.de, Website: http://staff.giga-hamburg.de/fleig.

## Gegenwärtige Forschung zum Thema im GIGA

Im Institut für Nahost-Studien arbeitet PD Dr. Martin Beck an einer Analyse zum „Sommerkrieg 2006 im Nahen Osten: Ursachen, Folgen und normative Probleme“.

## GIGA-Publikation zum Thema

Martin Beck (2006): Die Debatte über den Sommerkrieg 2006 im Nahen Osten, GIGA Focus Nahost, Nr. 12.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien